

# Abes atompolitisches Erbe: Ein Jahrzehnt der Ungewissheit<sup>1</sup>

*Florentine Koppenborg*

Premierminister Abe galt als überzeugter Befürworter der Kernenergie, selbst nach dem verheerenden Atomunfall im Kernkraftwerk Fukushima Daiichi im März 2011. Der Jahreswechsel von 2012 auf 2013 markierte scheinbar eine Rückkehr zur Atompolitik wie vor Fukushima: Die großen Demonstrationen gegen die Atomkraft ließen nach, die Wiederwahl der Liberal-Demokratischen Partei (LDP) und des atomkraftfreundlichen Premierministers Shinzō Abe setzte dem Diskurs um einen vollständigen Atomausstieg ein Ende, und eine neue Sicherheitsbehörde wurde eingerichtet, um eine Rückkehr zur Atomkraft mit verbesserten Sicherheitsstandards zu ermöglichen. Anfang 2013 kündigte Abe an (Abe 04.01.2013): »Im Laufe der kommenden drei Jahre werden wir die Zukunft der bestehenden Kernkraftwerke bewerten und über einen Zeitraum von zehn Jahren zu einem neuen stabilen Energiemix übergehen.« Konkret hat die Regierung mit dem Langfristigen Energie- und Versorgungsausblick 2015 (Long-Term Energy and Supply Outlook) ein Ziel für den Anteil der Kernenergie an der Stromerzeugung von 20–22 Prozent im Jahr 2030 festgelegt. Gegen Ende von Abes zweiter Amtszeit als Premierminister im Jahr 2019 erzeugte Japan nach Angaben der International Atomic Energy Agency (IAEA) jedoch nur 5 Prozent seines Stroms aus Kernkraft, und die Aussichten, mehr als 15 Prozent zu erzeugen, waren düster (Koppenborg 03.03.2016). Vor diesem Hintergrund geht dieser Beitrag der Frage nach Abes atompolitischem Vermächtnis nach.

<sup>1</sup> Dieser Beitrag beruht auf dem Buch *Japan's Nuclear Disaster and the Politics of Safety Governance* der Autorin, welches 2023 bei Cornell University Press erscheint.

## Neue Sicherheitsstandards als politische Herausforderung

Zunächst haben der Reaktorunfall im Kernkraftwerk Fukushima Daiichi und die anschließenden Enthüllungen über die »geheimen Absprachen« (*collusion*) zwischen Regierung und Industrie, die zu dem Unfall führten (NAIIC 2012), das Vertrauen in die Sicherheit der Kernkraftwerke in Japan untergraben. Reformen der Verwaltungsbehörden für nukleare Sicherheit sollten das durch den Unfall verloren gegangene Vertrauen in die Reaktorsicherheit im In- und Ausland wiederherstellen. In den Jahren 2011 und 2012 wurde es zu einer Art Mantra der LDP-Opposition, verloren gegangenes Vertrauen durch die Einrichtung einer unabhängigen Sicherheitsaufsichtsbehörde wiederzugewinnen, die eine bessere Sicherheit gewährleisten und internationalen Standards entsprechen würde. Gleichzeitig nutzte die LDP während ihrer Oppositionszeit ihre Mehrheit im Oberhaus, um zu verhindern, dass konkrete Sicherheitsstandards in das Gesetz zur Einrichtung der neuen Behörde aufgenommen wurden. Dazu gehörten eine Begrenzung der Betriebsdauer von Kernreaktoren auf 40 Jahre und ein so genanntes Back-Fit-System, das es der Aufsichtsbehörde ermöglicht, nach Erteilung einer Betriebsgenehmigung zusätzliche Maßnahmen durchzusetzen. Das Gesetz zur Einrichtung der Atomaufsichtsbehörde, das als Kompromiss zwischen der Demokratischen Partei Japans, der LDP und der Komeitō verabschiedet wurde, sah die Errichtung einer rechtlich unabhängigen Behörde vor, aber keine konkreten Sicherheitsmaßnahmen.

Dennoch wurden die neuen Sicherheitsstandards bald zu einer Herausforderung für die Abe-Regierung. Nachdem die Atomaufsichtsbehörde (Nuclear Regulation Authority, NRA) eingerichtet worden war, nutzte sie ihre Unabhängigkeit, um genau die Maßnahmen zu erlassen, die die LDP zu blockieren versucht hatte. Das von der Regierung beschlossene Ziel, den Anteil der Kernenergie an der Stromerzeugung bis 2030 auf 20–22 Prozent zu erhöhen, kann nur erreicht werden, wenn die Laufzeit der Kernreaktoren über 40 Jahre hinaus verlängert wird. Nachdem Abe und seine Regierung erfolglos versucht hatten, die Einführung einer Begrenzung der Reaktorlaufzeit zu verhindern, setzten sie die Atomaufsichtsbehörde mit Hilfe von Zielvorgaben unter Druck, diese neue Vorschrift zu verwässern. Dies entsprach den Erwartungen, dass die Abe-Regierung Druck auf die NRA ausüben würde, sollte deren Tätigkeit der Verwirklichung der energiepolitischen Ziele der Regierung im Wege stehen.

Da sich die NRA weigerte, dem Druck durch politische Zielvorgaben nachzugeben, stand Abe vor der Wahl, entweder die Tatsache zu akzeptieren, dass die neue Sicherheitsbehörde ein Hindernis für das Erreichen der atompolitischen Ziele darstellte, oder drastische Maßnahmen zu ergreifen. Zu den drastischen Maßnahmen, die the-

oretisch in der Macht der Abe-Regierung lagen, gehörte das Ersetzen des gesamten ersten NRA-Vorstands, als sie Anfang 2013 die Gelegenheit dazu hatte, oder die Änderung des NRA-Gesetzes, um die Unabhängigkeit der Behörde zu beschneiden. Stattdessen machte die Regierung überraschend einen Rückzieher. Im Januar 2016 räumte Abe im Parlament ein, dass die Sicherheitsstandards der NRA, insbesondere die Begrenzung der Lebensdauer auf 40 Jahre, der Verwirklichung der energiepolitischen Ziele im Wege stehen, und stellte klar, dass die Regierung auch zur Verwirklichung des 22-Prozent-Ziels Reaktoren nicht gegen die Sicherheitsbedenken der NRA wieder in Betrieb nehmen wird. Eine ähnliche Formulierung fand auch Eingang in den Energiestrategieplan 2018 (Strategic Energy Plan, SEP), in dem betont wird, dass die Regierung »dem Urteil der NRA folgen wird« (METI 2018: 23). Die Verringerung des Drucks auf die NRA und die Zusage, dem Urteil der NRA zu folgen, auch wenn dies dem Erreichen der atompolitischen Ziele im Wege stehe, markieren einen Wendepunkt in der Auseinandersetzung der Regierung Abe mit der NRA.

### Entpolitisierung als Wahlkampfstrategie

Der Wendepunkt in Abes Haltung gegenüber der NRA hängt mit seiner Strategie zusammen, die Wahlen trotz der Unpopularität seiner Pro-Atomkraft-Haltung zu gewinnen. Wie Hughes (2015: 203) treffend formuliert, wurde dieses Kunststück aufgrund »strategischer Entscheidungen der Abe-Regierung vor der Wahl erreicht, die dazu beigetragen haben könnten, sie vor der Gefahr zu bewahren, dass die Energiepolitik zu einem wahlentscheidenden öffentlichen Thema wird«. Während die Abe-Regierung im Wahlkampf 2012 offen für die Kernkraft warb und den Bau neuer Kernkraftwerke forderte, änderte sie 2014 ihre Strategie. Zum einen versuchte sie, die Kernenergie zu entpolitisieren, indem sie die Verantwortung für die Frage, ob ein Kernreaktor sicher genug für einen Neustart sei, an die NRA delegierte. Beispiele hierfür sind die allgegenwärtigen Beteuerungen, dass ein Neustart erst dann erfolgen wird, wenn die unabhängige NRA die Reaktorsicherheit bewertet und grünes Licht für eine Inbetriebnahme gegeben hat. Seit dem SEP von 2014 gelobte die Regierung wiederholt, die Kernenergie unter der Prämisse »Sicherheit an erster Stelle« (*anzensei o subete ni yūsen*) zu nutzen. Zweitens vermied es Abe als Premierminister, zu unpopulären Maßnahmen wie dem Neubau von Kernkraftwerken klar Stellung zu beziehen, indem er solche Absichten weder bestätigte noch dementierte. Dementsprechend enthielten die SEP von 2014 und 2018 nur eine Hintertür, um weitere Reaktoren hinzuzufügen, und zwar um Japans Treibhausgasemissionen zu reduzieren, anstatt eine klare Verpflichtung einzugehen. Die SEP seit

2014 enthalten auch einen weiteren Hinweis auf die kritische öffentliche Meinung, indem sie darauf abzielen, »die Abhängigkeit von der Kernenergie so weit wie möglich zu reduzieren« (*kanō na kagiri teigen*) (METI 2014). Es handelte sich also um strategische Entscheidungen, die dazu beitrugen, dass die Kernkraft nicht zum Wahlkampfthema wurde.

Diese Entpolitisierungsstrategie erforderte ein glaubwürdiges Bekenntnis zur Reaktorsicherheit und zu der NRA als unabhängigen Organisationen, die für eine verbesserte Sicherheit sorgen sollten. Dies hinderte Abe daran, die Behörde zu untergraben, auch wenn sie der von Abe und der Atomindustrie erhofften schnellen und einfachen Wiederinbetriebnahme von Kernreaktoren im Weg stand. Ein solches Vorgehen hätte eine breite öffentliche Missbilligung riskiert und hätte von den Oppositionsparteien als Wahlkampfthema aufgegriffen werden können. Die LDP brauchte glaubwürdige Sicherheitsgarantien, um ihre Entpolitisierungsstrategie zum Erfolg zu führen, da die öffentliche Meinung im Inland weiterhin überwiegend gegen die Kernkraft eingestellt war und die internationale Kontrolle anhielt. Die Sicherheitsstandards für Mensch und Umwelt der IAEA aus dem Jahr 2016, die als Reaktion auf die Lehren aus dem Reaktorunfall in Fukushima überarbeitet wurden, enthalten nun den Zusatz »Freiheit von politischem Druck« (IAEA 2016). Während sich einige LDP-Politiker über die mangelnde Berücksichtigung politischer Belange durch die NRA beschwerten, legitimierten die Überprüfungen der Regulierungspraktiken der NRA durch die IAEA deren unabhängigen Regulierungsansatz, zu dem auch die Wahrung der Distanz zu Politikern gehört. Die Notwendigkeit eines glaubwürdigen Engagements für die Reaktorsicherheit vor dem Hintergrund einer skeptischen nationalen und internationalen Öffentlichkeit und einer Wahlkampfstrategie, die auf der Entpolitisierung der Kernenergie beruhte, hinderte die Regierung daran, substanzielle Maßnahmen zu ergreifen, um die Wiederinbetriebnahme von Reaktoren zu beschleunigen, und resultierte in bloßen Aufrufen zur Wiederinbetriebnahme.

### **Beibehaltung unrealistischer Ziele in der Nuklearpolitik**

Trotz der Unpopularität ihrer Pro-Atomkraft-Politik und der Erkenntnis, dass die Atomaufsichtsbehörde dem Erreichen der 2030-Ziele der Atompolitik im Wege steht, hat die Abe-Regierung dieselben Ziele im SEP 2018 beibehalten. Im größeren energiepolitischen Kontext soll die Kernenergie eine zentrale Rolle bei der Erreichung des Dreiklangs energiepolitischer Ziele spielen: Energiesicherheit, Umwelt- und Klimafreundlichkeit und wirtschaftliche Effizienz (*energy security, environmental and climate friendliness* und *economic efficiency* = »3E«). Mit anderen Worten: Die fortge-

setzte Nutzung der Kernenergie sollte die geringe Energieautarkie Japans erhöhen, die Treibhausgasemissionen im Einklang mit den im Rahmen des Pariser Klimaabkommens eingegangenen internationalen Verpflichtungen senken und die Strompreise niedrig halten. Diese Strategie besteht bereits seit Jahrzehnten, und eine deutliche Senkung der Kernenergieziele würde erhebliche Änderungen an der energiepolitischen Gesamtstrategie Japans erfordern. Ein weiterer Grund für die Beibehaltung der Ziele stand im Zusammenhang mit »Abenomics«, Abes Wirtschaftspolitik zur Ankurbelung des Wirtschaftswachstums, wobei eine Rückkehr zur Kernenergie als zentraler Faktor dafür angesehen wurde (Incerti und Lipsy 2018). Die angenommenen Ziele sollten zudem eine Botschaft der Unterstützung an die Atomindustrie senden. Nicht zuletzt waren sie ein Ausdruck von Unsicherheit. Kikkawa Takeo (2012), ein Mitglied der energiepolitischen Beratungsgremien, beschrieb den Anteil der Kernenergie als Ergebnis von Unsicherheiten im Zusammenhang mit der Entwicklung Erneuerbarer Energien, Energieeinsparungen und Kohle und nicht als eigenständige Variable. Die Abe-Regierung hielt also aus einer Vielzahl politischer Gründe an den 2030-Zielen für die Kernenergie fest: um ihre Unterstützung für die Atomindustrie zum Ausdruck zu bringen, politische Ziele gegenüber der NRA zu kommunizieren und als Platzhalter in Zeiten der Unsicherheit, zusätzlich zu den traditionellen energiepolitischen Zielen, die durch die »3E« verkörpert werden.

### **Lauwarmer politische Unterstützung**

Die politische Unterstützung der Kernkraft war ein zentrales Merkmal der japanischen Atompolitik vor dem Atomunfall im März 2011. Danach forderten Denjiren und Keidanren, respektive der Verband der Energieversorger sowie der größte Industrieverband Japans, eine stärkere politische Unterstützung, einschließlich des Baus neuer Kernreaktoren und des Repowering, d. h. des Ersetzens älterer kleinerer Reaktoren durch neuere und größere. Die Abe-Regierung unterstützte jedoch keine dieser Forderungen. Außerdem setzte sie die Atomaufsichtsbehörde nicht mehr unter Druck, um eine rasche Wiederinbetriebnahme und eine Lockerung der 40-Jahres-Regel zu erreichen, die auch von der Industrie gefordert worden war. Eine andere mögliche Unterstützungsstrategie, nämlich die Weitergabe der zusätzlichen Sicherheitskosten der Energieversorger an die Verbraucher in Form höherer Strompreise, wäre angesichts der ohnehin schon hohen Strompreise in Japan bei den Wählern sehr unpopulär gewesen. Trotz der Pro-Atomkraft-Rhetorik zeigte die Abe-Regierung von 2012 bis 2019 weniger Unterstützung für die Kernenergie als vorhergehende LDP-Regierungen.

Diese lauwarmer politische Unterstützung kam zu einem Zeitpunkt, als eine starke politische und administrative Unterstützung für die Kernkraft entscheidend gewesen wäre. Schon vor 2011 stand die Umsetzung der Atompolitik vor Herausforderungen, was sich darin zeigte, dass die Stromerzeugungskapazität der Kernkraft in den 2000er Jahren zum Stillstand kam und sogar einen leichten Rückgang verzeichnete. Nach dem Unfall im Kernkraftwerk Fukushima Daiichi wuchsen die Herausforderungen für die Atomindustrie weiter. Entgegen den geringen Erwartungen hat die NRA der Atomindustrie, insbesondere den Stromversorgern, strengere Sicherheitsstandards auferlegt. Infolgedessen stiegen die Kosten für die technische Sicherheit, d. h. die Höhe der Investitionen, die erforderlich sind, um die Kernkraftwerke an die neuen Standards anzupassen, sprunghaft an. Darüber hinaus ermöglichten die neuen Sicherheitsstandards unbeabsichtigt weitere Proteste der Atomkraftgegner, indem sie die allegorische Nachbarschaft der Not-In-My-Backyard (NIMBY)<sup>2</sup>-Proteste erweiterten und den Bürgern mehr Möglichkeiten boten, Betriebsgenehmigungen vor Gericht anzufechten. Verzögerungen aufgrund gerichtlicher Anordnungen gegen die Wiederinbetriebnahme von Reaktoren schmälerten die verbleibenden Betriebsjahre von Japans alternden Reaktoren und schränkten damit die Rentabilität von massiven Sanierungsinvestitionen ein. Die steigenden Kosten und die sinkende Rentabilität der Kernenergie stellten eine große Herausforderung dar, insbesondere für die Stromversorger, und ihre Bewältigung hätte staatliche Unterstützung erfordert.

Anstatt jedoch Unterstützung zu leisten, hat die Abe-Regierung die Situation für die Energieversorger eher noch verschlimmert. Sie beschloss 2015 eine Strommarktliberalisierung, die die lange Zeit bestehenden regionalen Monopole der Stromversorger<sup>3</sup> beendete und sie einem stärkeren Wettbewerb aussetzte. Premierminister Abe setzte sich für die vollständige Liberalisierung des Strommarktes ein, gegen die sich die Energieversorger in den 1990er und 2000er Jahren erfolgreich gewehrt hatten. Damals folgten METI und Regierung der Argumentation der Atomindustrie, dass liberalisierte Märkte im Widerspruch zu einem rentablen Ausbau der Atomkraft im Rahmen von Energiemonopolen stünden. Der Grund: Eine Marktliberalisierung verlangte von den Versorgern, wie strategische Akteure in einem wettbewerbsorientierten Umfeld zu denken, und würde Investitionen in die Kernkraft verhindern. Dass die Regierung die vollständige Liberalisierung des

<sup>2</sup> Der Begriff NIMBY stammt aus dem Englischen und bezeichnet Proteste, die sich hauptsächlich gegen Infrastrukturprojekte »in meiner Nachbarschaft« wenden.

<sup>3</sup> Die Stromversorgung in Japan wurde Anfang der 50er Jahre in Form von regionalen Monopolen organisiert. Dabei versorgte jeweils ein Unternehmen als alleiniger Anbieter eine bestimmte Region mit Strom.

Energiemarktes aus dem SEP von 2006 gestrichen hat, war ein deutliches Zeichen der staatlichen Unterstützung (Kikkawa 2012). Umgekehrt signalisierte Abe mit der vollständigen Liberalisierung des Einzelhandelsmarktes einen Rückzug der politischen Unterstützung. Dies setzte die Stromversorgungsunternehmen zu einem Zeitpunkt zusätzlich unter Druck, als sie in ihrer Rolle als Betreiber von Kernkraftwerken vor den bisher größten finanziellen Herausforderungen standen.

### Reaktion der Industrie

Abes lauwarmer Unterstützung für die Kernkraft, d. h. eher rhetorische als substanzielle politische Unterstützung, blieb nicht ohne Folgen. Da die Kosten in die Höhe schossen, verfolgten die Energieversorger einen eher geschäftsorientierten Ansatz, der auf strategischen Investitionen in vor allem jüngere und größere Reaktoren beruhte, die sich für sie noch als rentabel erweisen könnten. Infolgedessen kam es in Japan zu einem drastischen Rückgang der Stromerzeugungskapazitäten aus Kernkraft, und die Zahl der kommerziellen Kernreaktoren sank von über 50 im Jahr 2011 auf 33 im Jahr 2021. Ein Indikator für die Wiederinbetriebnahmeabsichten der Stromversorger ist die angeforderte Anzahl der dafür notwendigen Sicherheitsüberprüfungen, die im Jahr 2022 bei 27 (von 33) Kernreaktoren lag. Zusammen könnten diese 27 Reaktoren bis 2030 etwa 14 Prozent des Stroms liefern, wenn sie erfolgreich wieder hochgefahren und mit einer Standardbetriebskapazität von etwa 85 Prozent betrieben werden und die Stromnachfrage auf dem Niveau von 2011 bleibt. Wichtig ist, dass mit jedem Jahr, das verstreicht, ein weiteres Jahr von der Lebensdauer eines Reaktors abgezogen wird, was die Wahrscheinlichkeit verringert, dass sich Sicherheitsinvestitionen lohnen. Unter der Annahme, dass die Stromversorger alle 33 verbleibenden, sowie die zwei im Bau befindlichen, kommerziellen Kernreaktoren in Japan nachrüsten und wieder in Betrieb nehmen, würde der Anteil der Kernkraft im Jahr 2030 bei 18 Prozent liegen und damit das Regierungsziel von 20–22 Prozent verfehlen. Die Reaktion der Stromversorgungsunternehmen auf die steigenden Kosten bei gleichzeitiger mangelnder politischer Unterstützung stellt die Idee eines »nuklearen Dorfes«<sup>4</sup>, das geschlossen hinter der Förderung der Kernenergie steht, in Frage (Koppenborg 2021).

<sup>4</sup> Der Begriff wurde in den 1990er Jahren von Tetsunari Iida geprägt, der heute das Institut for Sustainable Energy Policies leitet. Er beschrieb das »nukleare Dorf« als »Interessengemeinschaft der Wirtschaft, Verwaltung und Wissenschaft bestehend aus Kraftwerksherstellern, Energieversorgern, der für die Atomwirtschaft zuständigen Verwaltung sowie Forschungseinrichtungen« (AS 02.03.2012).

Ungeachtet der allgemeinen Wahrnehmung Abes als überzeugter Befürworter der Kernenergie scheint seine Atompolitik das Verhältnis der Regierung zu den Stromversorgern belastet zu haben. Indem die Energieversorgungsunternehmen ihren Einfluss und die vorher genossene politische Unterstützung verloren haben und nicht mehr die Investitionen tätigen, die zur Erreichung der energiepolitischen Ziele der Regierung notwendig sind, wurde das System der »privaten Umsetzung öffentlicher Politik« (*kokusaku minei*) (Kikkawa 2012) erheblich belastet. Dass die Stromversorgungsunternehmen nicht die notwendigen Investitionen tätigen, um die Regierungsziele zu erreichen, ist gleichbedeutend mit einem beginnenden Austritt aus der Koalition der Befürworter der Kernkraft.

### **Das nuklearpolitische Vermächtnis von Premierminister Abe**

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Premierminister Abe versuchte, auf einem schmalen Grat zwischen sehr unterschiedlichen Interessen zu wandern: Wiederwahl trotz der Unpopularität seiner Pro-Atomkraft-Position, ein glaubwürdiges Bekenntnis zur Reaktorsicherheit, um das Vertrauen im In- und Ausland wiederzugewinnen, Unterstützung für die Atomindustrie und energiepolitischer Nutzen aus der Beibehaltung der Atomkraft. Dies wurde im Laufe der Zeit immer schwieriger, und es wurde deutlich, dass das Erreichen der Kernkraftziele wesentlich umfangreichere politische Maßnahmen erfordern würde, als die Regierung zu ergreifen bereit war. Beginnend mit den vorgezogenen Neuwahlen 2014 gab Abe seiner Wiederwahl den Vorrang vor der Lösung der Kernenergiefrage, verschlechterte dann mit der vollständigen Liberalisierung des Strommarktes im Jahr 2015 das Geschäftsumfeld der Kraftwerksbetreiber und hörte schließlich auf, die Atomaufsichtsbehörde zu einer beschleunigten Wiederinbetriebnahme zu drängen, was wiederum zu Lasten der Stromversorger ging. Das Ergebnis ist eine Politik, die die Kernenergie zwar dem Namen nach, nicht aber dem Inhalt nach unterstützt.

Die Tatsache, dass die beschlossenen aber schwer zu erreichenden Kernkraftziele nach wie vor bestehen, ist ein Zeichen dafür, dass die Frage der Kernkraftnutzung weiterhin ungelöst ist und dass Premierminister Abe es versäumt hat, den 2013 angekündigten »Übergang zu einem neuen stabilen Energiemix über zehn Jahre« zu schaffen. Trotz der anfänglichen Pro-Atomkraft-Rhetorik entschied sich Premierminister Abe dafür, sein politisches Gewicht nicht in den Dienst der Wiederinbetriebnahme von Kernreaktoren zu stellen, hauptsächlich aus wahltaktischen Erwägungen. Dies führte letztlich dazu, dass die Befürworter

der Kernenergie die Macht über die Umsetzung ihrer energiepolitischen Ziele verloren (Koppenborg 2021), und somit ist Abes Vermächtnis ein energiepolitisches Durcheinander.

Abes Nachfolger, zunächst Premierminister Suga und dann Premierminister Kishida, haben im Wesentlichen sein Erbe fortgeführt, indem sie die Ziele der Atompolitik im Rahmen des SEP 2021 beibehielten. Trotz aller Rhetorik über die Bedeutung der Kernenergie gab es weiterhin wenig substantielle politische Unterstützung. Angesichts der Energiekrise nach dem Einmarsch Russlands in der Ukraine kündigte Kishida an, alle 17 Kernreaktoren, die die Sicherheitsprüfung durch die NRA erfolgreich durchlaufen haben, schnellstmöglich wieder in Betrieb zu nehmen. Zudem will die Kishida-Regierung eine Laufzeitverlängerung auf 60 Jahre sowie den Bau von Atomkraftwerken der nächsten Generation prüfen lassen und bis Ende des Jahres eine Entscheidung vorlegen. Das Festhalten Abes und der LDP an der Kernenergie als politischem Pfeiler sowie (unrealistischen) Zielen stellt eine Herausforderung für Japans Energie- und damit auch Klimapolitik dar, deren Lösung vor dem Hintergrund der Energiekrise im Jahr 2022 erneut an Bedeutung gewonnen hat.

## Literatur

- Abe, Shinzō (04.01.2013), *Press Conference by Prime Minister Shinzo Abe*, [http://japan.kantei.go.jp/96\\_abe/statement/201301/04kaiken\\_e.html](http://japan.kantei.go.jp/96_abe/statement/201301/04kaiken_e.html) (10.01.2020).
- AS (*Asahi Shinbun*) (02.03.2012), »Genpatsu to Media: Genshiryoku Mura o megutte« [Kernkraft und die Medien: Das Atomdorf], Morgenausgabe, S. 13.
- Hughes, Llewelyn (2015), »Abenomics and Japan's Energy Conundrum«, in: Robert J. Pekkanen, Steven R. Reed und Ethan Scheiner (Hg.), *Japan Decides 2014: The Japanese General Election*, Basingstoke: Palgrave Macmillan, S. 199–210.
- IAEA (International Atomic Energy Agency) (2016), *IAEA Safety Standards: For Protecting People and the Environment*, <https://www.iaea.org/resources/safety-standards> (01.07.2020).
- Incerti, Trevor und Phillip Y. Lipsy (2018), »The Politics of Energy and Climate Change in Japan Under Abe: Abenergynomics«, in: *Asian Survey*, 58 (4): 607–634.
- Kikkawa, Takeo (2012), *Denryoku Kaikaku: Enerugii Seisaku no Rekishiteki Daitenkai* [Reform des Elektrizitätssektors: Große Umbrüche in der Geschichte der Energiepolitik], Tōkyō: Kōdansha.
- Koppenborg, Florentine (03.03.2016), »Japan's Nuclear Power Plans Don't Add up«, in: *East Asia Forum: East Asia Forum Economics, Politics and Public Policy in East Asia and the*

- Pacific*, <http://www.eastasiaforum.org/2016/03/03/japans-nuclear-power-plans-dont-add-up/> (24.08.2022).
- Koppenborg, Florentine (2021), »Nuclear Restart Politics: How the ›Nuclear Village‹ Lost Policy Implementation Power«, in: *Social Science Japan Journal*, 24 (1): 115–135.
- Koppenborg, Florentine (2023 [im Druck]), *Japan's Nuclear Disaster and the Politics of Safety Governance*, Ithaca: Cornell University Press.
- METI (Ministry of Economy, Trade and Industry) (2014), *Strategic Energy Plan*, [http://www.enecho.meti.go.jp/en/category/others/basic\\_plan/pdf/4th\\_strategic\\_energy\\_plan.pdf](http://www.enecho.meti.go.jp/en/category/others/basic_plan/pdf/4th_strategic_energy_plan.pdf) (29.08.2022).
- METI (Ministry of Economy, Trade and Industry) (2018), *Strategic Energy Plan*, [https://www.meti.go.jp/english/press/2018/pdf/0703\\_002c.pdf](https://www.meti.go.jp/english/press/2018/pdf/0703_002c.pdf) (25.09.2019).
- NAIIC (Nuclear Accident Independent Investigation Commission) (2012), *The Official Report of the Fukushima Nuclear Accident Independent Investigation Commission, Executive Summary*, [http://www.nirs.org/fukushima/naaic\\_report.pdf](http://www.nirs.org/fukushima/naaic_report.pdf) (29.08.2022).